

Nachwort

von Ursula Münch

An politikwissenschaftlichen und journalistischen Abgesängen auf die Volksparteien mangelt es nicht. Kein Wunder: Die sichtbaren Veränderungen im bundesdeutschen Parteiensystem seit der Bundestagswahl 1972, als sich 91,1 % der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl beteiligten und mehr als 90 % der abgegebenen Stimmen auf die Volksparteien CDU/CSU und SPD entfielen, sind eklatant: Bei der letzten Bundestagswahl am 26. September 2021 ließen sich nur 76,6 % der Wahlberechtigten mobilisieren, und die beiden Volksparteien erreichten zusammen nur noch den bislang niedrigsten jemals bei einer Bundestagswahl gemessenen Zuspruch: 49,8 % der Zweitstimmen (bei der Wahl 2017 waren es noch 53,5 %). Zweifelsohne: Diese Veränderungen lassen sich unterschiedlich interpretieren. Nahe liegt es, die große Anpassungsfähigkeit von Parteien und Parteiendemokratie an gesellschaftliche Veränderungsprozesse herauszustellen. Man kann jedoch auch darauf verweisen, dass das wahrgenommene Repräsentationsdefizit durch den Einzug der AfD in die deutschen Parlamente kleiner wurde.

Der Volksparteienstatus von Union und SPD bröckelte bereits vor der Unterminierung ihrer repräsentativ-demokratischen Verfasstheit. Ihr auf Wohltaten und der Bündelung von Partikularinteressen beruhendes Politikmodell geriet infolge der Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise und des demographischen Wandels unter Druck. Volksparteien, so stellte Elmar Wiesendahl schon im Jahr 2011 fest, sind auf „ein Mehr und eine bessere Zukunft abonniert, und nicht auf die Verwaltung des Mangels und eine Politik der Zumutungen“.³²⁶ Jahrzehnte lang hatten die Volksparteien darauf gebaut, ihre Versprechen auf individuelle Aufstiegschancen, aber auch die Wohltaten eines finanzierbaren fürsorglichen Sozialstaats an die insgesamt vertrauensvoll eingestellten Wählerinnen und Wähler bringen zu können. Aber, so führt Roland Benedikter unter Verweis auf die Folgen von sowohl Globalisierung als auch technischen Transformationen überzeugend aus: Die internationalen, ökonomischen und gesellschaftli-

326 Wiesendahl, Elmar: *Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft*. Barbara Budrich Verlag, Opladen, Berlin, Farmington Hills 2011, S. 225.

chen Rahmenbedingungen seit Beginn der Nuller Jahre hatten längst eine neue Grundlage geschaffen. Und mit diesem Fokus auf die Orte und die technisch bedingte Beschleunigung von Politik sowie der gesellschaftlichen Debatten über Politik gelingt es Benedikter tatsächlich, sich den Ursachen der Entfremdung von Volksparteien und Volk auf ungewohnte und anregende Weise zu nähern („Fünf Gründe für die Krise des Formats ‚Volkspartei‘“). Zusätzlich und darauf aufbauend hält er Ausschau, welche erfolgsversprechenden Konzepte es gibt, um diesem Trend und damit den „Drei-Anti-Mitte-Kräften“ Einhalt zu gebieten.

Man kann es nicht oft genug erläutern: Sich für die Wiederbelebung von Volksparteien zu interessieren und aufzuzeigen, welche Veränderungen dafür notwendig wären, hat nichts mit einer verzerrenden Parteienahme zugunsten der ehemals großen und damit gegen die seit einiger Zeit nicht mehr so kleinen Parteien zu tun. Man muss – was sich auch außerhalb politikwissenschaftlicher Seminare ohnehin immer lohnt – die Funktionen der politischen Parteien im Allgemeinen betrachten und sich außerdem vergegenwärtigen, dass Volksparteien aufgrund ihrer spezifischen Eigenarten und Arbeitsweise eine Leistung erbringen, auf die unsere Parlamente angewiesen sind. Allen Parteien kommt die Aufgabe zu, gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und zu aggregieren. Die breite Reichweite der Volksparteien hinein in alle gesellschaftlichen Milieus hat zur Folge, dass selbst große gesellschaftliche Konflikte innerhalb der Volksparteien entschärft werden und damit für die parlamentarische Debatte aufbereitet werden. Und zwar nicht nur Sprachregelungen oder gar Redeverbote, sondern durch innerparteilichen Streit. Da aus der Notwendigkeit einer Funktion noch lange nicht folgt, dass sie auch tatsächlich erbracht wird, sind Ideen und Konzepte für die Überwindung der strukturell bedingten Schwächen der Volksparteien vor allem aus Sicht der Parteizentralen notwendig. Roland Benedikter bemängelt, dass die Volksparteien den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung nach Schutz und Sicherheit in der jüngeren Vergangenheit immer weniger gerecht geworden seien. Seine Suche nach Abhilfe und nach Wegen zur „Rettung von Volksparteien“ führt ihn nicht in die USA, sondern nach Skandinavien. Nicht die Reideologisierung nach dem Vorbild Trumps, sondern das „Neue Nordische Modell“ eines „konstruktiven Nationalismus“ in Kombination mit einem starken Liberalismus und einem partizipativen Kollektivismus könnten ihm zufolge die richtigen Vorbilder sein.

Der Autor antizipiert jedoch das innere Zusammenzucken seiner deutschen Leserschaft beim Leitbild eines „konstruktiven Nationalismus“ ebenso wie den unvermeidlichen Verweis auf existierende Pfadabhängig-

keiten. Nicht als Ersatz für den eigenen Lösungsvorschlag, wohl aber als realistischere Ergänzung, verweist er darauf, wie das Volk und seine Volksparteien wieder besser zueinander finden könnten: Sprache, klare Positionierungen, die Integration „progressiver Ideen“ sowie die Einbindung von Personen und Positionen mit Intellekt seien unverzichtbar.

Die Art und Weise, wie die CDU ihr Debakel bei der Bundestagswahl 2021 aufzuarbeiten versucht, weist darauf hin, dass sich ihre Parteizentrale genau mit den Themen befasst, die Benedikter benennt. Ob diese Reform tatsächlich gelingen wird, ist angesichts der Gesetzmäßigkeiten unserer medial und digital getriebenen Stimmungsdemokratie zwar offen. Löhnen würde sie sich – und zwar nicht nur für die gebeutelten Volksparteien.

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing – Wissenschaftliche Einrichtung des Freistaats Bayern, die unabhängig und überparteilich die politische Bildung fördert

Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München

2009–11 Dekanin der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften

Forschungsschwerpunkte: Föderalismus-, Parteien- und Parlamentarismusforschung sowie Politikfeldanalysen und Fragen der gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Digitalen Transformation

English Summary

The Renewal of the Political Center. The Fracturing of Society, the Catch-All Party Format and the Future of Democracy

This essay discusses the renewability of the political center in contemporary European democracies, particularly in its German-speaking areas. In the recent social environment of repeated “bundled crises”, new communication technologies, cultural individualization, and the rise of populism and polarization, socio-psychological upheaval has shaken the centrist parties of Europe. As a logical consequence, the political center of open societies – the moderate middle ground – has been thinned out at the ballot box. This has led to the questions: How might the political center of liberal democracies be revived to preserve and further develop “democracy within democracy” in the form of dialogic moderation, community building, common sense, and public reason? Is the traditionally designated format of the “Catch-All Party” coming to an end – or does it have a future? Are there any models available?

In the present historical framework of socio-political change caused by “glocalization” and attempts towards re-globalization, further questions arise: How should the political center be safeguarded against populism? What exactly could be the role of the so-called “Catch-All Party” or – in German-speaking Central Europe – “People’s Party” in such endeavor? Do Europe’s democracies still need the format of “People’s Party” at all in times of advanced individualization, combined with new social technologies?

The idea of “Catch-All Party” or “People’s Party” was a founding factor of Central European democracies after WWII and a stabilizing force during most of the second half of the 20th century. In Germany, “People’s Parties” were the answer to two dictatorships from the right and the left within one century, such as in no other Western-democratic nation. Over 50 years, the format of “People’s Party” served Germany well: politically, economically and socially. Yet today it seems in the midst of its deepest crisis in decades. The question is: Is “People’s Party” a phase-out model due to the ravages of the times? Or has the “People’s Party” idea just gradually lost contact with the people – so that nowadays it remains just a *party*, with few *people* remaining?

Five main reasons may have undermined the credibility of the “Catch-All Party” among the voters in German-speaking Central Europe since the 2010s, providing space to populists and their simplifying messages:

1. An all too “liberal” dealing with the need for the “normal middle ground”, too often substituted by an accentuated preference for micro-politics which has increasingly been seen skeptical by self-perceived majorities;
2. an over-cautious application of the rule of law and the enforcement of legal norms because of a sometimes exaggerated “tolerance against intolerance” and the intermingling of factual issues with identity and cultural politics;
3. political correctness and related “no-speech” and “empty rhetoric”, which in the Angela Merkel era (2005–2021) preferred to say nothing instead of something that could evoke criticism or adversities, causing the coming-into-existence of a public perception of “unpolitical politics” or “snowflake democracy”;
4. an excessive fear of – supposedly omnipresent – “populism”, which has led to skepticism against the notion of “popular will” by parts of the People’s Parties’ leaderships, thus harming the connection between “People’s Party” and “the people”; and
5. an increasingly individualized career orientation and tactical self-positioning of leaders and groups within the “People’s Parties”, which has weakened attempts towards a more encompassing community building.

The main contradiction within “People’s Parties” in Germany and Austria over the past years has been between the emptying of political discourse due to exaggerated political correctness on the one hand and the growing individualization of their leadership on the other hand, without credible “statesmen” or “stateswomen” recognized by the greater public anymore. Which answers are possible?

The key to a potential path forward is the re-connection of the basic idea of “People’s Party” and the people. This will not be easy, but it is possible – if Central Europe’s moderate center parties modernize and evolve their politics and policies. One aspect which will be crucial is to distinguish between healthy and unhealthy populism. Both democracy and the “People’s Party” format as its “laboratory on a small scale” are “populist” by their very nature. Yet the reality of this notion decisively depends on how

precisely it is conceived, and in which perspective it is contextualized and enacted. There are practical examples to consider.

Der Autor

Roland Benedikter ist Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen, Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław, Mitglied des Zukunftskreises des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für die deutsche Bundesregierung und Ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Er ist UNESCO Chair in Interdisciplinary Anticipation and Global-Local Transformation am Center for Advanced Studies von Eurac Research in Bozen und gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Brill-Buchreihe „Global Populisms“ sowie der Zeitschriften „Harvard International Review“, „WeltTrends. Das außenpolitische Journal“ (Potsdam), „New Global Studies“ (De Gruyter), „Journal of Sustainable Finance and Investment“ (Routledge) und „Global-e“ (Universität von Kalifornien in Santa Barbara) an.

Homepage: <https://www.eurac.edu/it/people/roland-benedikter>.

Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu.

